

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Jahreshälfte 450.— M. Einzelverkaufspr. 40.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtseitige Beilage oder deren Raum 130.— Mark, auswärtige 150.— Mark für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 110 M., für Reklamen 50.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 26.

Mittwoch, 31. Januar 1923.

30. Jahrgang.

Pariser Verständigungsfühler.

II. Paris, 30. Januar.

Der „Matin“ behauptet in einem Leitartikel, offiziöse Zeitungsblätter hätten zu verstehen gegeben, daß das deutsche Kabinett die Räumung des Ruhrgebietes durch die Alliierten nicht mehr als Vorbedingung für die Eröffnung von Verhandlungen ansehe.

Französische Verhandlungsbereitschaft?

III. London, 30. Januar.

Dem Pariser Berichterstatter des „Daily Chronicle“ zufolge beginnt die französische Regierung einzusehen, daß sie im Ruhrgebiet einen Fehler begangen habe. Sie würde gern Verhandlungen mit Berlin einleiten, um von neuem das gesamte Reparationsproblem zu erörtern unter der Voraussetzung:

1. Daß Deutschland den ersten Schritt tut, um den wirtschaftlichen Frieden zustande zu bringen und
2. Daß Deutschland unzweideutig seine Absicht bekundet, seine im Versailler Vertrage niedergelegten Verpflichtungen zu achten und zu erfüllen.

Neue Abwehr!

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

SPD. Bochum, 30. Januar.

Aus Protest gegen die gewalttätige Besetzung des Ruhrgebietes und die Eingriffe der Besatzung in dessen komplizierten Wirtschaftsbetrieb haben deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte die Arbeit niedergelegt. Heute zeigt sich mehr und mehr, daß die Franzosen an der Betriebsaufnahme von Post und Eisenbahn durch deutsches Personal gar kein Interesse haben und daß wir in unserer Abwehr zu anderen Mitteln greifen müssen, als zur reinen Arbeitsverweigerung. Nach wie vor lehnt die Besatzung jede Vermittlung ab und arbeitet mit Hilfe des verstärkten Besatzungsaufstandes, der der deutschen Bevölkerung den letzten Rest von Recht und Freiheit nimmt. Systematisch auf die Militarisierung der Eisenbahntrecken hin, die sie vorläufig zu einem ausgeprägten Militärtransport notwendig hat. Die Ruhrbahn ist militarisiert; auch die Strecke Düsseldorf-Duisburg-Oberhausen-Pönnen steht ausschließlich unter dem Einfluß der Franzosen. Langsam geht man auf diesen Linien daran, die Weichen in Ordnung zu bringen, überhaupt auf eigene Kosten die Vorbereitungen zu treffen, die zur Aufrechterhaltung ihres Verkehrs notwendig erscheinen. Durch die Militarisierung der genannten Bahnen ist die Hauptzufahrtsstraße von Hamburg für deutsche Transporte gesperrt; ferner müssen die Lebensmitteltransporte aus Holland zum Teil auf anderen Strecken in das Industriegebiet geleitet werden. Die Lebensmittelzufuhr für die Driftstationen, deren Bahnhöfe besetzt sind, ist sichergestellt.

Gleichzeitig werden an der Westfront des neu besetzten Gebietes Stellen zur Kontrolle der über die bis jetzt noch freien Strecken in das Innere Deutschlands fahrenden Güterzüge eingerichtet. Diese Kontrollstellen scheinen die Vorbereitungen für die Schaffung einer Zoll-Linie zu bilden. Es steht einwandfrei fest, daß aus Maß-Notzwecken französische Soldaten in das besetzte Gebiet transportiert werden. So ist z. B. am Dienstag ein deutscher Transport in Cleve eintrafen. Der Vorkommissar wurde aufgefordert, für diese Beamten Quartier zu besorgen. Er hat das abgelehnt und wurde infolgedessen nachts um 11½ Uhr aus dem Bett heraus verhaftet.

Auch im Hinterland, im altbesetzten Gebiet, ist man systematisch bei der Militarisierung der Eisenbahn. Die Strecken Koblentz-Bonn, Trier-Gustfringen, Aachen-Düren werden ausschließlich von französischem Personal bedient. Der deutsche Verkehrsverkehr ruht auf diesen Linien vollständig. Hauptächlich transportieren die Franzosen beim Besetzen ihrer Lebensmittellinien bis an die Grenze des unter dem Schutzrecht der Engländer liegenden Gebietes. Die englische Besatzungsbehörde verlangt, daß in den ihr unterstellten Landesstellen deutsche Eisenbahner die französischen Transporte, welcher Art sie auch sind, bis nach Mülheim a. Rh. fahren. Hier sollen sie von den Franzosen übernommen und weiter geleitet werden. Die Engländer wollen abtun, sobald ihrem Verlangen nicht Folge geleistet wird. In Anbetracht dieser Zwangslage fahren unsere Eisenbahner jetzt in dem genannten Gebiete französische Züge. Sie müssen also unter dem Druck der englischen Besatzungsbehörden den Franzosen für die Gewalttätigen Vorlauf leisten, trotzdem das oberste englische Gericht die Besetzung des Ruhrgebietes als völkerrechtswidrig bezeichnet hat.

Die Voraussetzungen für das Gelingen der Militarisierungsaktion sind für politische Verhaftungen und Ausweisungen. Nach einem französischen Geheimbefehl, der von dem französischen Militärpräsidenten unterzeichnet ist, soll jede Inspektion auszuweisen werden, die sich weigert, einen Befehl der französischen Besatzungsbehörden auszuführen. Die Treue der deutschen Beamten zum Gesetz und zu den Anordnungen der Regierung stellt dieser Befehl als Arbeitsverweigerung hin. Das System ist: entweder „arbeiten“ für die Besatzung oder auszuweisen werden. Die Besatzungsbehörden machen gar kein Hehl daraus, daß, sobald alle führenden Amtsträger ihrer Pflicht wegen über die Grenze des besetzten Gebietes gebracht bzw. kriegsgerichtlich abgeurteilt sind, das gleiche System auf die Gewerkschaftler Anwendung findet, wenn sie ihrem Vaterland einen Dienst erweisen und die Führung bei der weiteren passiven Resistenz übernehmen. Der Anfang mit der Ausweisung von Gewerkschaftlern ist bereits gemacht. In Essen wurde der Vertrauensmann des Verkehrsverbandes ausgewiesen, auch an anderen Stellen sind Vertrauenspersonen der Gewerkschaften, die an der Organisation des passiven Widerstandes beteiligt waren, aus ihrem Heimatlande gewaltsam entfernt worden.

Der Hauptabwehrstoß gegen den französischen Gewaltakt lenkt sich unter den vorstehend geschilderten Umständen jetzt wieder auf die Bergarbeiter, die schon einmal ihren Mann ge-

standen haben. Frankreich wünscht vor allem Kohlen und wird hierzu bald den ersten Versuch machen, nachdem die zum Abtransport der Kohlerproduktion erforderlichen Eisenbahntrecken notwendig sichergestellt sind und es die Abwehrkraft durch Ausweisung und Verhaftung führender Männer geschwächt glaubt. Sicherlich wird man zunächst auch hier, soweit der Widerstand erneut einsetzt, mit der Ausweisung der Besatzungsdirektoren, der technischen Ingenieure und schließlich der Gewerkschaftsführer beginnen. Aber auch damit werden die Franzosen vorläufig nichts erreichen. Es bleibt abzuwarten, welches System sie dann anwenden. Soll dann die Hungeraktion in Erscheinung treten? Gute Vorbereitungen hierzu sind getroffen!

Frankreich braucht sich kaum mehr zu bemühen, seine gegenwärtige Aktion als „wirtschaftlich“ hinzustellen. Die Methoden, die jetzt angewandt werden, und die wir vorstehend kurz geschildert haben, bekämpfen jedermann, daß Frankreich nicht nur darauf ausgeht, das übrige Deutschland wirtschaftlich zu ruinieren, sondern auch das Ruhrgebiet durch systematische Französisierung zu annektieren.

Protest der Stadt Bochum.

SPD. Bochum, 30. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die Stadtverwaltung Bochum hat unter Zustimmung sämtlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände an die Besatzungsbehörde einen Protest wegen der Verhängung des verstärkten Besatzungszustandes gerichtet, aus dem die Sinnlosigkeit der Besatzungsmaßnahmen hervorgeht und der gerade deshalb verdient, in seinem wesentlichen Teil wiedergegeben zu werden. Unter anderem heißt es:

„Die unterzeichneten Behörden und Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer machen mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß derartige Maßnahmen im Ruhrgebiet vollkommen undurchführbar sind, wenn nicht etwa entgegen den bisherigen Erfahrungen beabsichtigt ist, das ganze Wirtschaftsleben zum Erliegen zu bringen. Zu keiner Unterdrückung sei darauf hinzuweisen, daß die Zahl der in Kraas kommenden Arbeiter und Angestellten in volstem und ökonomischem Dienst, die in den Sperrstunden die Arbeitsstätte verlassen oder sich zur Arbeitsstätte begeben müssen, im Stadt- und Landkreis Bochum schätzungsweise 90 000 Mann beträgt. Es ist unmöglich, diese sämtlichen Arbeiter und Angestellten, die ständig wechseln, mit einem besonderen Ausweise zu versehen. Ebenso unmöglich würde die Durchführung einer Kontrolle bei dem im Industriegebiet herrschenden, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gebotenen starken Verkehrs sein und zumal zur Erregung der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter führen.“

Hervorgehoben sei weiter, daß ein erheblicher Teil vor den außerhalb des Stadt- oder Landkreises Bochum wohnenden Personen in Bochum keine Arbeitsstätte hat und infolge der herrschenden Wohnungsnot gezwungen ist, den Weg von und zur Arbeitsstätte in zahlreichen Fällen in den Straßenräumen zurückzulegen. Auch die Aufrechterhaltung des Betriebes von Post, Eisenbahn und Telephonie und der gesamte Reiseverkehr würde durch die Sperrzeit vollkommen lahmgelegt werden.

Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß sämtliche Bestimmungen der Verordnung völlig wirklos erscheinen und von der Bevölkerung als überflüssige Bedrückungen empfunden werden, zumal von deutscher Seite hierzu keinerlei Veranlassung gegeben ist. Der Maßstab hat daher auch lediglich zum Schutze der deutschen Bevölkerung die Besatzungsbehörden und nicht für etwa eintretende Zwischenfälle die französischen Militärbesatzungen in vollem Umfang mit der Verantwortung belasten. Wir behalten uns vor, die Erhaltung des öffentlichen Lebens und die unerschauen Bedürfnisse der Bevölkerung durch die übrigen Bestimmungen der Verordnung später darzulegen.

Druck und Drohung der englischen Besatzungsbehörden.

Bochum, 31. Januar (Vormärts).

Die englischen Besatzungsbehörden verlangen, daß in den ihr unterstellten Landesstellen deutsche Eisenbahner die französischen Transporte, welcher Art sie auch sind, bis nach Mülheim-Rhein fahren. Hier sollen sie von den Franzosen übernommen und weiter geleitet werden. Die Engländer wollen abtun, sobald ihrem Verlangen nicht Folge geleistet wird. In Anbetracht dieser Zwangslage fahren unsere Eisenbahner jetzt in dem genannten Gebiete französische Züge. Sie müssen also unter dem Druck der englischen Besatzungsbehörden den Franzosen für deren Gewalttätigen Vorlauf leisten, trotzdem der oberste englische Gerichtshof die Besetzung des Ruhrgebietes für völkerrechtswidrig bezeichnet hat.

Ein Eisenbahner von Franzosen erschossen.

II. Bochum, 30. Januar.

In Verbesdissen wurde ein Zugkassierer von französischen Soldaten erschossen. Bis zur Mittagszeit war in Bochum äußerlich alles ruhig, obwohl die Verhängung des verstärkten Besatzungszustandes eine große Unruhe hervorgerufen hat.

Die ersten Früchte.

Unter der Ueberschrift: „Die ersten Früchte der Ruhrbesetzung“ schreibt der „Peuple“, unter Brüsseler Parteorgan: „Wir pflücken allmählich die ersten Früchte des Abenteuers. 13 Hochöfen in Lothringen und 7 Hochöfen in Luxemburg hat man in Ermangelung von Brennmaterial ausgehen lassen müssen. Das ist die unmittelbare Wirkung der Einstellung der Ruhrkohlenlieferungen unter der französisch-belgischen Besetzung.“

Dollar 48000.

Landesverräter?

Dr. L. Lübeck, 31. Januar.

Um die Vaterlandsliebe ist es ein eigen Ding! Zu sehen ist sie nicht. Zu hören ist sie auch nicht. Kurz und gut — es ist nichts Greifbares. Geschäfte sind damit also nicht zu machen!

Und das ist schade! Sind doch gar viele Zeitgenossen darauf eingestellt, in Gefühlen wie in Fellen oder Devisen „zu machen“. Zur Zeit ist eines der gangbarsten dieser Gefühle der Patriotismus. Daß das Geschäft sich klingend lohne, ist nicht unbedingt nötig. Anderer Lohn ist auch ein Lohn: du wirst angesehen, du kannst dich aufspielen, und mit stolzer Pharisäerachtung kannst du auf die armen Zöllner herabsehen, die noch soviel von diesem „Gefühl“ haben.

Wie aber ist dieses Gefühl „greifbar“ zu machen? Der Wege dazu gibt es viele. Du kannst wie der General Morgen in die Hafentore laufen und so dein Teil zur Einheitsfront besteuern. Du kannst auch ein Zehntel der Steuersumme, die du gestern hinterzogen hast, heute zu einem vaterländischen Zweck stiften und es bekannt machen. Das beste Mittel aber ist, du beschimpfst jeden, der eine andere Meinung wie Tante Malschen, Onkel Major und Bruder Schieber oder wie du selbst zu haben magst; du beschimpfst ihn als Mann von Unehre, als Landesverräter!

*

Das Rezept ist gut. Gott sei dank ist es nicht von uns erfunden, sondern es ist die alte Melodie der Kriegsheger, neu auf Noten gesetzt in der Redaktion der Lübecker Neuesten Nachrichten.

Dieses edle Blatt beschimpft nämlich in reichlich dreister Weise den „Volksboten“, weil er für eine Lösung der jetzigen Ruhrkatastrophe auf der Grundlage einer Verständigung mit Frankreich eintritt. Weil wir schreiben: Wir müssen uns verständigen, deshalb wirft man uns Landesverrat vor.

Kaum ausgesprochen hat ihn das Wort gerent. Oder nicht? Dann wollen wir ihm einige kurze Geschichten erzählen.

*

Stettin, 27. Januar 1917. Offizierskafino in Bromberg. Freuen und Saufen ohne Maß und Ziel! Ein durchreisender Offizier ist traurig und nachdenklich an einem Nebentisch. Schließlich legt er auf und sagt einige Worte. Wahrheit! Das Volk hungert! Und Ihr? Ihr redet vom Durchhalten? Ihr führt unser Land in den Abgrund! Macht ein Ende! Wir müssen uns verständigen!

Gebüll allerseits war die Antwort: „Hinaus! Zerstückung der Einheitsfront grenzt an Landesverrat!“ Heute ist Bromberg polnisch.

*

September—Oktober 1917. Die französische Offensive beiderseits der Maas nagt an der deutschen Stellung Tag um Tag. An einem Tage der Ruhe treten zwei müde Offiziere in das Kasino von Cauren. An einem Tisch ist der ganze Staffelfest — 99 Prozent Etappe also — versammelt bei Sekt und — Schauspielerinnen. Gegen den Reichstag leert man die Gläser; jerscht im Geiste Erzberger und Scheidemann. Wir brauchen, um Leben zu können, unbedingt den Siegfrieden.

„Meine Herren! Ist schon einer von Ihnen auf dem toten Mann gewesen? Oder auf der Höhe 304? Haben Sie überhaupt schon mal darüber nachgedacht, daß nur ein Verständigungsfriede die Welt retten und uns vor dem Verderben bewahren kann?“

„Was, auch Sie? Wir wollen unter uns feiern! Wir sind alles gute Deutsche! Wir wollen mit solchen Landesverräter wie Erzberger und Scheidemann und ihren Inhang nichts zu tun haben.“

Heute ist in diesem Kasino ein Kino eingerichtet. Und Filme zeigen dem begeisterten Publikum den Einmarsch der französischen Truppen in Essen und Bochum.

*

Anfang September 1918. Auf der Hochfläche von Vandesson und Laffault donnert die Entscheidungsschlacht. Abgehakt, abgerissen, nach einer schrecklichen Nacht des Rückzugs trifft ein Artillerieoffizier in Laon einige alte Belannte. Etappenoffiziere! Wohlgepflegt und übermütig fragen sie ihn: Was macht Ihr denn da vorne? Schöne Sache!

Er schaute sie zweifelnd an und sprach dann langsam: „Ihr habt also jetzt noch nicht umgelernt? Glaubt es mir! Entweder wir verständigigen uns binnen vier Wochen, oder wir sind verloren!“

„Nein, wir wollen keinen Scheidemannfrieden! Daß selbst Offiziere dafür eintreten, grenzt direkt an Landesverrat!“

Traurig dreht sich der Frontoffizier um und geht seines Weges!

*

Der Schreiber dieser Zeilen war bei diesem „Landesverratsgespräch“ der Hauptbeteiligte. Er ist es also gewohnt,

von Leuten, deren Verstand und Verantwortlichkeitsgefühl auf der Höhe einst so siegesbewußter Stappenoffiziere steht, des Landesverrats bezichtigt zu werden. Deswegen, er macht sich wirklich nichts daraus.

Nur eine Frage möchte er sich gestatten: Welches waren denn nun in Wirklichkeit die Landesverräter?

Und eine Hoffnung: Möge die Politik der gegenwärtigen Kautschuklader des „Nun erst recht“ und des „Frankreich muß niedrigerungen werden“, nicht denselben grandiosen Erfolg für Deutschland haben, wie die der Kriegshege. Vielleicht würden wir sie sonst aufs neue an ihren „Landesverrat“ erinnern, wenn nicht die Erschütterung über Deutschlands neues Leid uns den Mund schließen wird.

Was ist Vaterlandsliebe? Nur eine Antwort gibt es darauf: Opferbereitschaft für sein Land; Opferbereitschaft für sein Volk!

Von dieser Antwort ausgehend, könnten wir noch lange Ausführungen machen über die Frage, wo die wahre Vaterlandsliebe zu Hause ist. Die Frage, wer für Deutschland am meisten opfern mußte und geopfert hat; und wer heute noch Tag für Tag für das Reich arbeitet, entbehrt und hungert.

Vielleicht werden wir diese Frage ein andermal erörtern, jetzt schon aber können wir es aussprechen: Die Partei der Lieb. Neuest. Nachr., die Deutsche Volkspartei, ist diese Partei der Opfer keinesfalls; und auch der Gutsbesitzer Grafse-Goldebeck, der gestern von der Rettung des Vaterlandes redete, hat von diesen Opfern noch nichts an seinem Leibe gespürt.

Selbst auf die Gefahr hin, aufs neue des Landesverrats bezichtigt zu werden, vertreten wir immer wieder unseren Standpunkt. In der Beurteilung des militärischen Wahnsinns Poincarés lassen wir uns von niemandem überreden; selbst nicht von den wütendsten Militaristen.

Aber wir glauben nicht, daß die Abwehraktion uns einen Sieg bringen wird. Denn Frankreich kann den jetzigen Zustand jahrelang ertragen. Und wir?

Die Abwehraktion hat nur dann überhaupt Sinn, wenn wir gleichzeitig immer wieder unseren absoluten und ehrlichen Erfüllungswillen auf dem Wege gütlicher Vereinbarung betonen. Ein Kampf mit Frankreich mit einigen moralischen Siegen und dem schließlichen Zusammenbruch der ganzen deutschen Wirtschaft als sicheren Erfolg wäre ein Verbrechen.

Diese Politik überlassen wir denen, die vor Militarismus blind und tollwütig sind, und denen, die selbst Deutschlands Niederbruch für parteieigentliche Zwecke auszubedenken gedenken.

Ihnen allen aber geben wir den Namen „Landesverräter“ zurück!

Zwei Erlasse des Reichsverkehrsministers.

III. Berlin, 30. Januar.

Im Auftrage der Reichsregierung hat der Reichsverkehrsminister über den in Frage kommenden Eisenbahn-Direktoren des Reichs folgende Anordnungen erlassen:

1. Befreiung von Beschränkungen, sowie Transporte von in allen und neuen Eisenbahn-Gebieten nachgewonnenen Holz nach Frankreich und Belgien sind weder nach dem neuen oder alten Eisenbahn-Gesetz zu beschränken, auch nicht in die zollfreie Zone.

2. Französische und belgische Truppen- und Nachschubtransporte für das westliche Gebiet dürfen weder im alten, noch im neuen Eisenbahn-Gesetz beschränkt werden. Ausnahmen: Es sind zu machen: a) Transporte, auf die die Beschränkungen nach dem Eisenbahn-Gesetz nicht anzuwenden sind; b) Beschränkungen auf dem westlichen Gebiet, um Requisitionen zu vermeiden; c) Militärische Transporte aller Art auf den in der englischen Seezone verkehrenden Schiffen.

3. Beschränkungen mit französischem und belgischem auf deutschen Eisenbahnen sind ebenfalls nicht anzuwenden.

4. Dem westlichen Nationalen Eisenbahn-Verkehr sind, so fern dies ohne Gefahr für den ordnungsmäßigen Betrieb vorzuziehen ist, alle zum Betrieb zu bringenden, ihre Weiterbeförderung ist zu ermöglichen.

5. Die Befreiung ist nicht anzuwenden: a) auf einzelne Kreuzungen des deutschen Eisenbahnnetzes durch fremde Militärkolonnen aus Veranlassung des westlichen Eisenbahnverkehrs; b) auf den Eisenbahnverkehr in das Ruhrgebiet bezügliche: sämtliche Beschränkungen und Beschränkungen der Reichsbahn-Kommission und deren Anordnungen, auch im Hinblick auf den der öffentlichen deutschen Stellen Folge zu leisten. Der Reichsverkehrsminister.

Ein Erlass Severins an die rheinisch-westfälischen Polizeioberbehörden.

III. Berlin, 30. Januar.

Der Reichsverkehrsminister des Innern hat an den Oberpräsidenten des Ruhrgebietes folgenden Erlass erlassen:

„Es ist demnach des öffentlichen Rechts wegen der Verhältnisse und der Lage der Verhältnisse und der Lage der Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen Provinz die Befreiung von Beschränkungen, sowie Transporte von in allen und neuen Eisenbahn-Gebieten nachgewonnenen Holz nach Frankreich und Belgien sind weder nach dem neuen oder alten Eisenbahn-Gesetz zu beschränken, auch nicht in die zollfreie Zone.“

Schwere Zusammenstöße in Aachen.

Aachen, 31. Januar.

Unklarheit über die genaue Schärfe und Erregung der Bevölkerung über die unzulässige Anwesenheit von Soldaten und das unangehörige Verhalten derselben in den öffentlichen Plätzen hat zu erheblichen Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und belgischen Militärs geführt. In dem Verlauf der Ereignisse hat Polizei im einzelnen eingegriffen, doch sind die Zusammenstöße nicht beendet. Die belgischen Soldaten sind in die Stadt zurückgezogen worden, doch sind die Zusammenstöße nicht beendet.

Die italienischen Sozialisten gehen nach Hamburg.

Hamburg, 30. Januar.

Der Kongress der Sozialistischen Partei Deutschlands hat beschlossen, die italienischen Sozialisten nach Hamburg zu verlegen, um den Kongress der Sozialistischen Partei Deutschlands zu besuchen.

Hamburg teilzunehmen. Ferner erhob er gegen die Befreiung des Ruhrgebietes durch die Franzosen Einspruch.

Die italienische Partei hatte während des Krieges die Zweite Internationale verlassen und zunächst beschloffen, sich der Moskauer Internationale anzuschließen. Doch lehnte sie in ihrer überwiegenden Mehrheit die 21 Bedingungen Sinowjews ab, was zu einer ersten Spaltung führte. Später wollte aber der von Serrati geführte Flügel den Anschluß dennoch vollziehen, woraus ein Abbröckeln der Partei entstand. Die große Mehrheit der Parteimitglieder, sowie die fähigsten Köpfe unter den Führern — Turati, Treves, Modigliani, d'Aragnona u. a. — sind indessen der alten sozialistischen Partei treu geblieben, die übrigens mit etwa 80 Abgeordneten die weitaus stärkste Arbeiterfraktion im Parlament bildet.

Mit ihrem Beschluß, den alle Sozialisten Europas begrüßen werden, hat sich die italienische Partei auf den Boden des Aufbruches der Kölner Konferenz gestellt und damit ihrer fast 70-jährigen freiwilligen Isolierung aus der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung ein Ende gemacht.

Die englische Arbeiterpartei fordert Englands Eingreifen.

London, 30. Januar. (E.)

Die englische Arbeiterpartei trat gestern unter dem Vorsitz von Ramsay MacDonald zu einer Sitzung zusammen. Es wurde die Lage im Ruhrgebiet nach allen Seiten geprüft. Verschiedene Lösungsmöglichkeiten wurden in Aussicht genommen. Unter andern: Die Annahme des internationalen Haager Gerichtshofes; ferner eine Bitte an Amerika, einen Schiedsspruch vorzunehmen; eine Bitte an Frankreich, das Minimum seiner Forderungen anzugeben; die eventuelle Zurückziehung der englischen Besatzungstruppen; die Haltung, die einzunehmen wäre, falls ein Konflikt ausbräche, der auf die Seite Frankreich und Polen, auf die andere auf jenseitiges Deutschland und ein sowjetisches Rußland allen würde. Es wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, daß MacDonald sich zu Lord Curzon begeben soll, um ihn zu bitten, das Unterhaus vor dem 13. Februar zusammenzutreten zu lassen. Die Londoner Sektion der Labour Party und die Gewerkschaftskommission organisieren zum nächsten Sonntag eine große Kundgebung am Trafalgar Square, um die diplomatische Intervention der englischen Regierung im Ruhrkonflikt zu fordern.

Die Unterflügelung der Internationale.

Wenn die Nationalisten in Deutschland der Hilfsaktion des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes für das Ruhrgebiet mit gemäßigten Gefühlen gegenüber stehen und die Hilfe der Weltarbeiterpartei für Deutschland möglichst gering einschätzen, so ist das begreiflich. Ebenso überrascht es kaum, wenn die „Rote Fahne“ Nachrichten über die Vorgänge und Aussprüche in den Beratungen des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes bringt, die den Eindruck erwecken, als habe die Aktion der Gewerkschaften, besonders in der Generalstreikfrage, bereits mit einem völligen Fiasko gendel. Weil aber größere bürgerliche Blätter den kommunistischen Scheinwandel nachdrücken, so sei folgendes bemerkt:

Wie sieht es mit dem internationalen Generalstreik? Schon in der ersten Sitzung des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes wurde die Bereitwilligkeit zum Generalstreik betont, doch sollten die verschiedenen Vertreter erst nochmals mit ihren heimischen Organisationsstellen Rücksprache nehmen. Das geschah. Es waren alle Länder bereit, auch die Franzosen. Doch erklärten diese, daß sie sich irgend welche notwendige Vorarbeiten auf die französische Regierung nicht verschreiben, da die französischen Arbeiterorganisationen durch die kommunistische Spaltungsarbeit beinahe zur Ohnmacht verurteilt sind. Wenn es aber sein müßte, würde man der Streik weitgehend in gewissen Berufen und Distrikten durchführen. Daraufhin legte man sich in Amsterdam, ein Generalstreik, der nicht allgemein sei, habe keine durchschlagende Kraft.

Auf den Konflikt französischer Waren verzichtete man deshalb, weil einmal die Durchführung des Streiks eine genaue Kontrolle nötig macht und zweitens — und das war entscheidend — handelt es sich bei den französischen Waren hauptsächlich um Luxuswaren, die für die Arbeiter ohnehin nicht in Frage kommen.

Der Bericht auf den Generalstreik und den Konflikt bedeutet jedoch in keiner Weise ein Verlassen der Gewerkschaftsinternationalen. Im Gegenteil, der Amsterdamer Gewerkschaftsbund ist dabei, durch wirksamere Maßnahmen die deutschen Arbeiter an der Arbeit politisch zu unterstützen. Er wird, wie wir von unparteiischer Seite hören, auch über die von der freien christlichen Propaganda geforderten Schritte hinaus, je nach Gestaltung der Lage gegen die Verklammerung der deutschen Arbeiter durch den französischen Imperialismus Stellung nehmen. Vor allem die englischen Arbeiter haben erklärt, daß sie nicht eher rufen, bis sich auch die englische Regierung in klarer Weise gegen die „Eroberung“ des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien wenden wird.

Regierungskrise in Sachsen.

Dresden, 30. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die von der Schulpolizei im Interesse der öffentlichen Ordnung getroffenen Maßnahmen waren den Kommunisten schon seit längerer Zeit ein Dorn im Auge. Sie griffen wiederholt den Minister des Innern, Genossen Lipinski, deswegen in der härtesten Weise an. Da der Minister aber seine Polizei in Schutz nahm, bestien die Kommunisten kurzer Hand einen Mißtrauensantrag, über den in der heutigen Sitzung des Landtages abgestimmt wurde. Mit 51 Stimmen der Bürgerlichen und Kommunisten wurde der Antrag gegen 33 sozialdemokratische Stimmen abgelehnt. Ministerpräsident Genosse Sud erklärte nach der Abstimmung, dieses Mißtrauensvotum richte sich nicht nur gegen den einzelnen Minister, sondern gegen das ganze Kabinett, das hiermit sein Mandat in die Hände der Volkvertretung zurückgehe. Bis zur Bildung der neuen Regierung wird das Kabinett Sud die Geschäfte weiter führen.

Es ist das zweifelhafte, daß die Kommunisten in Sachsen einen schweren Schlag gegen die rein sozialistische Regierung geführt haben. Im Herbst v. J. stimmten sie gemeinsam mit den Bürgerlichen für die Auflösung des Landtages und hofften, die sozialdemokratische Partei zu zerschlagen und selbst Herrscher aus diesem Kampf gegen die sozialistische Arbeiterpartei hervorzugehen zu können. Aber eben wie für die Bürgerlichen war auch für die Kommunisten der Wahlsieg keineswegs erfreulich. Die sozialdemokratische Partei gewann sogar ein Mandat. Aber wie im alten, so bildet die kommunistische Partei auch im neuen Landtag das Zentrum an der Spitze. Jetzt hat sie, was die vereinigte bürgerliche Parteien nicht erreichen konnten, mit deren Hilfe gescheitert: den Sturz der sozialistischen Regierung Sachsens. Dieses Verhalten der Kommunisten kann natürlich nicht ohne Folgen auf die Politik unserer Partei in Sachsen bleiben. Immer wieder hat sie sich erklärt, ein Einvernehmen mit den Kommunisten herzustellen und immer wieder ist dies im Interesse der arbeitenden Bevölkerung geführte Politik von den Kommunisten beschworen worden. Es hat sich auch in Sachsen gezeigt, daß mit dieser Partei unmöglich regiert werden kann.

Wenn jetzt unsere sächsischen Genossen den Versuch unternehmen werden, eine neue Regierung auf breiterer Basis und unabhängig von den Kommunisten zu schaffen, dann werden sie von den Kommunisten wieder als „Arbeiterverräter“ und „Kapitalherrscher“ bezeichnet werden. Die arbeitende Bevölkerung Deutschlands aber wird aus dem sächsischen Beispiel klar erkennen, wo die wirklichen Arbeiterverräter sitzen.

Der kommunistische Parteitag.

Im Schluß des ersten Verhandlungstages, nachdem Meyer (Zentrale) über die politische Lage referiert und Pieck (Zentrale) den organisatorischen Bericht erstattet hat, kam es zu einem Zusammenstoß mit der Opposition. Schumacher-Berlin opponierte gegen den Referenten, der die Anträge der Zentrale empfohlen, andere entgegenstehende Anträge aber nicht erwähnt habe. Es handelt sich um Anträge betreffs Umbildung der Zentrale. Die Berliner beantragten deshalb eine geschlossene Sitzung (als Verhandlung in der Bundeskammer). Böttcher (Zentrale) wies Schumachers Anträge zurück. Alle Anträge würden in einer öffentlichen Sitzung behandelt werden.

In den organisatorischen Jahresbericht der Zentrale wird die Mitgliederzahl der KPD. nach den Abrechnungen vom September 1922 in 2481 Ortsgruppen auf 191 845 männliche und 26 710 weibliche, insgesamt 218 555 Mitglieder angegeben. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Zunahme von 38 112 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Jahresbericht macht den Versuch, diese Zahlen in Beziehung zu den Organisationsziffern der Sozialdemokratischen Partei zu setzen. Er spricht von einem katastrophalen Rückgang des „Partei“ an Abonnenten, die auf 60 000 beziffert werden, fügt sich aber wohlweislich von der Abonnentenanzahl der „Roten Fahne“ zu brechen. Zur Beurteilung der Mitgliederzunahme ist zu berücksichtigen, daß beim Abschluß des vorigen Jahresberichtes der KPD. fast alle ihre Organisationen unter der Nachwirkung der Märzereignisse standen. Zweifellos erlaubt sich, wenn auch nicht eine wesentliche Zunahme, so doch eine Konsolidierung der kommunistischen Organisation.

Der Parteitag wendet sich in einem viele Spalten umfassenden Manifest an das internationale Proletariat. Das Manifest bezieht sich in erster Linie mit der Ruhrbesetzung und der Lage Deutschlands. Es wiederholt die alte kommunistische Forderung auf Bildung der proletarischen Einheitsfront und auf Bildung einer Arbeiterregierung als „Regierung aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften“. Danach scheinen die Kommunisten, wenigstens die Richtung der Zentrale, sich schon soweit durchgemauert zu haben, daß sie von einer gemeinsamen Regierung, auch mit „Sozialverräter“ sprechen. Dafür spricht auch die Bemerkung Meyers in seinem politischen Referat, wo er polemisch gegen die Linke ausführte:

„Wir verhandeln mit den übrigen Arbeiterorganisationen nicht nur, um sie zu erlösen, sondern auch um gemeinsame Kämpfe herbeizuführen.“

Die von den Kommunisten vorgetragene Arbeiterregierung soll auch nach dem Vorschlag „Erfüllungspolitik“ betreiben. Es heißt in dem Manifest:

„Die Arbeiterregierung wird Frankreich Verhandlungen vorschlagen. Sie wird ehrlich und offen das Maß dessen nennen, was das von den Schulden seiner Wagnisse belastete arbeitende Volk zahlen kann. Die Arbeiterregierung wird die Gewähr geben, daß ihre Worte einem ehrlichen Willen entsprechen. Sie wird den deutschen Arbeitern helfen, die Fesseln von Versailles zu brechen.“

Das ist natürlich und selbstverständlich etwas ganz anderes, als die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie!

Es fehlt nicht der Hinweis auf das Mittel, das Schuß- und Trübsandnis mit Sowjetrußland:

„Sowjetrußland wird durch seine Rote Armee und die Naturkräfte seines weiten Reiches nicht zur Aufrichtung eines neuen imperialistischen Deutschlands zur Verfügung stellen, sondern zur wirtschaftlichen Stärkung und Entlastung des russischen und deutschen Volkes, zur gemeinsamen Verteidigung gegen die Kapitalisten des Westens, wenn sie dem arbeitenden Volk Deutschlands keinen Frieden erwähnen.“

Gibt es wirklich immer noch denklige Arbeiter in Deutschland, die diese abgedroschenen Redensarten irgendwie ernst nehmen? Die Kommunisten selbst glauben bestimmt nicht mehr daran, sofern sie nicht völlig kopflose Brüller sind.

Das Geld der Nationalsozialisten.

SPD. Der Parteitag der Nationalsozialisten ist am Montagabend beendet worden. Hitler wurde wieder zum Vorsitzenden gewählt. Die Öffentlichkeit wird sich aber weiter sehr intensiv mit den Nationalsozialisten, insbesondere mit der Frage zu beschäftigen haben: Wo stehen die Geldgeber dieser Politik? Im Hauptausfluß des Reichstages hat Genosse Hermann Müller am Montag bereits auf die ungeheuren Kosten hingewiesen, die dieser Parteitag, insbesondere die Extrazüge zu ihm, verursacht habe. Es ist auch in Erinnerung, daß der Führer eines in Berlin ankommenen Trupps der Nationalsozialisten eine Aktentafel gestiftet mit Zehntausendmarktscheinen bei sich trug. Der Geschäftsbericht, der auf dem Parteitag gegeben wurde, gibt an, daß die Partei über ein Vermögen von 23 Millionen Mark verfügt. Vielleicht kommt man der Frage nach den Geldgebern näher, wenn man erfährt, daß das „Berliner Tageblatt“ die Parteileitung der Nationalsozialisten dringend erucht, auf folgende Anfrage zu antworten: „Ist es richtig, daß Beauftragte der nationalsozialistischen Partei bei der Deutschen Bank (Wilhelmstr.) eine Franco-Summe ausbezahlt bekommen haben, deren deutscher Gegenwert damals 30 bis 40 Millionen Mark betrug? Man kann gespannt darauf sein, was Herr Hitler auf diese Frage zu antworten hat. Von der Reichsregierung erwarten wir, daß sie entsprechend der Forderung des Genossen Müller allen Ernstes daran geht, festzustellen, wer die Hitler-Banden bezahlt.“

Deutschvölkische Drohungen.

Nach einem Bericht der S. S.-Korrespondenz hat der Abgeordnete v. Graefe-Goldebeck im Auftrage der Parteileitung der Deutschvölkischen Freiheitspartei beim Reichstanzler gegen die polizeilichen Maßnahmen der thüringischen Regierung in Gera protestiert, die bekanntlich einen Zug von 300 Hitler-Männern nach München in Gera zum Stehen brachte. Wie die Korrespondenz meldet, soll Reichstanzler Cuno daraufhin die Freilassung der festgenommenen Nationalsozialisten verfügt haben. Die Korrespondenz teilt mit, daß die Parteileitung sich damit nicht zufrieden geben wolle, sondern gegen die „verfassungswidrige Einmischung der Behörden vorgehen und gegen die Regierung den ihr aufzuzwingenden Kampf mit allen gesetzlichen Mitteln aufnehmen will.“ Das Vorgehen der Regierung sei nur geeignet, die Erregung in weiten Kreisen ihrer Mitglieder zu verschärfen und es könne der Fall eintreten, daß „aus dieser Erregung heraus einzelne Personen sich zu Vorposten hinreißten ließen, für welche die Parteileitung die Verantwortung ablehnen müsse.“ Die Sprache, die die Organisationspolitiker der Partei in Deutschland sich erlauben können, ist nur die Folge der teils offenen, teils geheimen Unterstützung, der sich diese Gesellschaft in den Kreisen der Schwerindustrie wie der Verwaltungsbureaus erfreut. Wenn die Regierung Cuno sich gegen die Gefahr, daß bewaffnete Banden über die Regierung und das Land herrschen, nicht rechtzeitig äußert, dann können uns auch im übrigen Deutschland ähnliche Zustände blühen, wie sie in Bayern jetzt an der Tagesordnung sind.

Die neue Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

SPD. Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Abänderung des Wohnungsabgabegesetzes unterbreitet. Dieser Entwurf fordert, daß die Abgabe ab 1. Januar ds. Js. von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude und Gebäudeteile, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind, um das 15fache erhöht werden soll. Ferner soll die Reichsregierung ermächtigt werden, die Höhe der Abgabe mit Zustimmung des Reichsrats abzuändern. Diese neue Belastung der Mieter, die insbesondere die Lohn- und Gehaltsempfänger trifft, wird eine starke Bewunderung hervorzurufen. Würden wir aber unsere Stellung zu der Vorlage nur von dem einen Gesichtspunkt abhängig machen, ob die neue Belastung bei dem jetzigen Einkommen der Mieter getragen werden könnte, so würden wir der Bedeutung der Wohnungsfrage und der in Neubildung begriffenen Wohnungsfragen nicht gerecht.

Die Wohnung und die Mietzinsbildung ist der einzige bedeutende Wirtschaftszweig, für den die Kriegswirtschaftsmaßnahmen in der verjüngten Welt, ein neues Mietzinsbildungs- und Wohnrecht zu stabilisieren. Das Reichsmietengesetz beseitigt die Alleinherrschaft der Hauseigentümer bei der Festsetzung der Miete. Ohne die Zwangsbewirtschaftung und ohne die Wirksamkeit dieses Gesetzes hätten wir heute sicher den tausendfachen Betrag der Friedensmiete zu entrichten. Die Grundrente der Hausbesitzer und die Werte der Hypothekengläubiger wären im gleichen Maße emporgeschossen. Der Wohnungsausschuß des Reichstages hat das vorgeschlagene Mieterschutzgesetz in erster Lesung fertiggestellt. Dieses Gesetz wird jedem Besitzer einer Wohnung ein gesetzliches Wohnrecht sichern, und die Kündigung der Wohnung wird hiernach nur auf dem Wege einer Klage beim ordentlichen Gericht erfolgen können. Das bedeutet eine völlige Veränderung des Rechtszustandes gegenüber der bisherigen Verhältnisse. Die Entscheidung darüber, ob der Mieter aus seiner Wohnung durch Kündigung entfernt werden kann, wird aus den Händen des interessierten Hausbesitzers genommen und einer objektiveren Stelle zur Entscheidung unterbreitet. Das ist der Anfang eines demokratischen Wohnrechts und einer Mietzinsbildung, die eine unrechtmäßige Bereicherung der Hauswirte und der Hypothekare verhindern kann. Diese geringen Erwerbserwartungen werden allerdings von den meisten bürgerlichen Parteien und den materiell interessierten Kreisen mit allem Nachdruck bekämpft und wenn es nach deren Wunsch geht, so werden diese Einrichtungen nur eine vorübergehende Erscheinung bleiben, und an deren Stelle wird recht bald die freie Wirtschaft treten. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die freie Wirtschaft für alle Mieterkreise eine sehr große Gefahr bedeutet. Der beste Schutz hiergegen ist: 1. Die Erhaltung des alten Wohnbestandes, damit keine Wohnung vorzeitig dem Verfall anheimfällt und damit eine weitere Steigerung des Wohnraummangels eintritt. 2. Durch eine möglichst umfangreiche Wohnungsneubauaktivität, durch die Ersaffung allen verfügbaren Wohnraumes und Ausnützung aller Baulichkeiten, die zu Wohnzwecken um- und ausgebaut werden können, eine möglichst hohe Anzahl neuer Wohnungen zu errichten. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, so werden wir uns entschließen müssen, auch die hierfür erforderlichen Mittel aufzubringen. Würden in diesem Falle die Mieterkreise verlangen, so muß die Nachfrage nach Wohnungen und die Wohnungsnot selbst in einem Umfang steigen, daß die Not alle Dämme der organisierten Wohnungsbewirtschaftung durchbricht und die Mietzinsbildung und das in Bildung begriffene Wohnrecht mit in den Abgrund reißt. Die Folgen sind leicht zu übersehen.

Die Fortführung der Wohnungsbauaktivität ist bei den heutigen Baukosten nur möglich, wenn für jede Wohnung ein erheblicher Zuschuß aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt wird, dessen Höhe mit der weiteren Geldentwertung steigt. Der Hauptanteil dieser Kosten aber muß aus der Wohnungswirtschaft selbst genommen werden, wie jeder, der volkswirtschaftlich zu denken vermag, zugeben muß. Darüber sind auch die Vertreter der politischen Parteien und die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter aller Richtungen und die Vertreter der Mieterorganisation einer An-

sicht. Sie gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß die Wohnungsbauaktivität und die zu ihr gehörigen Industrien unter keinen Umständen stillgelegt werden dürfen. Die Ausschaltung dieses Wirtschaftszweiges würde den völligen Zusammenbruch unserer gesamten Wirtschaft herbeiführen, den Millionen Wohnungslosen jede Hoffnung nehmen, jemals wieder ein eigenes Heim zu bekommen und eine nicht abzusehende Arbeitslosigkeit heraufbeschwören.

Betrachten wir die neue Abgabe im Lichte dieser Tatsache, so dürfte es kaum einen einsichtigen Politiker oder Wirtschaftler geben, der nicht bereit wäre, den Mietern zu empfehlen, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Es kann eingewandt werden, daß das Reichsmietengesetz und dessen Ausführungsbestimmungen sowie das Mieterschutzgesetz große Mängel aufweisen und daß das bisherige Baukostenabgabegesetz den Baustofffabrikanten und Baustoffhändlern Riesengewinne ermöglichte. Das ist zuzugeden. Die Hauptschuld daran trägt die heutige Zusammensetzung des Reichstages und die Schwierigkeiten, die heute der Durchführung jeder neuen Einrichtung entgegenstehen. So wichtig es ist, die Bedeutung dieser Vorkommnisse richtig zu erkennen und deren Abhilfe anzustreben, so darf doch nicht verkannt werden, daß es immerhin nur Nebenerscheinungen sind, die unsere Aufmerksamkeit von der Kernfrage nicht ablenken dürfen.

Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß alles aufzubieten ist, das den wucherischen Gewinnbestrebungen ein Ziel setzt und die Baukosten vermindert. Davon muß sogar die Stellung unserer Partei zu dieser Vorlage abhängig gemacht werden. Diese Aktion

wird nach zwei Richtungen zu führen sein. Einmal zur sofortigen Verbilligung bestimmter Baustoffe durch Vereinbarungen oder Verordnungen und zum anderen in Maßnahmen mit dem Ziele, die Monopolwirtschaft und Preisringbildung der Kartelle und ähnlicher Organisationen aufzuheben, die Einschaltung der Konkurrenz zu ermöglichen und der Konsumenten ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht zu sichern.

Es bleibt noch zu erwägen, ob die Mieter aus dem bisherigen Einkommen die neuen Lasten werden bestreiten können, insbesondere unter der Berücksichtigung der Notwendigkeiten, die zu einer Ausführung eines Bauprogramms von mindestens 50 000 Wohnungen nötig sind. Hierfür dürfte der angeforderte 15fache Betrag auch dann nicht ausreichen, wenn nach andere Finanzquellen herangezogen werden. Diese außerordentliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger müßte durch eine besondere Erhöhung der Löhne und Gehälter abgehört werden. Die Durchführung dieser notwendigen Aufgabe darf nicht allein den Gewerkschaften überlassen bleiben, sondern daran müssen Regierungen, Behörden und Arbeitgeber im eigenen Interesse mitwirken. Das alte Gesetz über Wohnungsabgabe sieht Befreiungen für eine Anzahl sozial schwächerer Schichten vor. Die jetzige Vorlage erweitert diesen Kreis um mehrere Kategorien, z. B. Renteneinpfänger der Invaliden- und Angefallenenversicherung, Kriegsbefähigte, Kriegshinterbliebene und sonstige Militärentner, Kleinrentner und Pensionen, die Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- oder Waisenpensionen beziehen. Es ist ernstlich zu prüfen, inwieweit eine noch weitere Befreiung notleidender Schichten möglich ist.

WOLKSWIRTSCHAFT.

Marktsturz und Heberzweckungsgefahr.

Während das ganze Volk den wirtschaftlichen Kampf um die Erhaltung des Ruhrgebietes auf sich genommen hat, drohen Umsturzwahlversuche der Nationalisten im Süden. Die Verschärfung der Situation im Westen und innerhalb des Reiches hat den Dollar, der sich während des größten Teiles der letzten Woche um 20 000 bis 22 000 herum bewegt hat, gestern zeitweilig bis auf 40 000 heraufgetrieben und selbst die amtliche Notierung stellt mit 36 000 einen neuen Rekord da. Die Preise, die sich sprunghaft den bisherigen Devisenkursen anpassen und in den letzten Wochen überhaupt nicht mehr zur Ruhe gekommen sind, haben damit einen neuen Anstoß zur Aufwärtsbewegung erhalten. Eine katastrophale Minderung der Lebenshaltung kennzeichnet die Lage der breiten Massen. Sie zu lindern, dazu genügen nicht die wohlgemeinten Entschlüsse der Spitzenverbände. Die neueste Entwicklung der Löhne in einigen Berufsgruppen zeigt, daß der tatsächlichen Teuerung längst nicht ausreichend Rechnung getragen worden ist. Will man das ernsthaft herbeiführen, so bleiben nur zwei Möglichkeiten: die Preisbewegung zu bremsen, und das ist nur in beschränktem Maße möglich. Sind doch erst jetzt wieder die Syndikatspreise für Steinkohle um mehr als 75 Proz. heraufgesetzt worden. Die andere Möglichkeit ist die des Gleitlohnes. So viele Bedenken gegen ihn sprechen, die wir in ihrer überwiegenden Zahl teilen, so notwendig scheint er als Heberzweckungsmaßnahme in einer Zeit derart katastrophaler Teuerung wie heute zu sein, um der Arbeiterschaft einen Rechtsanspruch auf ein Mindestmaß der Lohnhöhe zu geben.

Während die Teuerung rapide fortschreitet, ist die Vermögensumschichtung, die Begleitererscheinung jeder Marktverschlechterung, in vollem Gange. Die Gewinne der Aktienbesitzer spiegeln sich in folgender Gegenüberstellung einiger Börsenkurse von Unternehmungen, die im unbefestigten Gebiet liegen:

	3. Jan.	17. Jan.	26. Jan.
Berliner Handelsgesellschaft	18 000	25 000	30 000
Dresdener Bank	3 450 (em. 5.1.)	8 600	10 600
A. G. C.	5 700	12 900	21 500
A. G. für Anilinfabrikation	6 500	17 000	21 000
Isse Bergbau	15 000	35 000	58 000
Hirsch Kupfer	15 900	22 000	49 000

Fast allgemein haben sich also die Kurse der Aktien auf das Drei- bis Vierfache des Standes von Anfang Januar erhöht. Sie haben also mit der durchschnittlichen Verteuerung des Dollars

fast Schritt gehalten. Kann man diese Entwicklung für Werte des unbefestigten Gebietes noch einigermaßen verstehen, so ist es auffallend, daß auch die Aktienkurse der jetzt fremder Gewalt ausgelegten Unternehmungen sprunghaft gestiegen sind. Folgende Gegenüberstellung einiger Werte zeigt dies recht deutlich:

	3. Jan.	17. Jan.	26. Jan.
Sarpener Bergbau	39 000	75 000	130 000
Deutsch-Luxemburg	23 000	35 700	76 000
Gelsenkirchener Bergwerk	23 750	37 000	70 000
Bochumer Gußstahl	21 000	33 600	82 000
Phönix Bergbau	17 800	33 000	69 750
Eisener Steinlohlen	17 000	33 000	55 000
Köln-Neuesener Bergwerk	24 500	36 000	70 000

Also auch hier Kurssteigerungen auf das Drei- bis Vierfache. Dabei droht den beteiligten Werten die Gefahr des Produktionsstillstandes infolge der Transportschwierigkeiten und des Abwärtsrückganges in dem Maße, daß die Franzosen die Zolllinie einführen und Abgaben erheben. Trotzdem steigende Kurse!

Devisen-Kurse.

Berlin, 31. Januar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	30. Januar.	29. Januar.
Amsterdam	1 fl.	1561.—
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	2154.60
Kristiania	1 Kr.	7182.—
Kopenhagen	1 Kr.	7381.62
Stockholm	1 Kr.	10473.75
Helsingfors	1 Finn. Mk.	1002.45
Rom	1 Lire	1855.35
London	1 £	182048.75
New York	1 Doll.	39650.62
Paris	1 Frs.	2428.91
Zürich	1 Frs.	7381.56
Madrid	1 Pessetas	6184.50
Wien	100 Kr.	55.11
Prag	1 Kr.	1142.13
Budapest	1 Kr.	14.86

Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

12. Fortsetzung.

„Soll ich lieber einschlafen, Väterchen?“ antwortete ich.
 „Wie du nur bist! Ernsthafte Unterhaltungen mißfallen dir,“ sagte mein Vater.
 „Ja, wahrhaftig,“ antwortete ich, „weil all das sehr langweilig ist. Herr Francois könnte ja jeden Abend seinen Geldsack hierher mitbringen und ihn vor unseren Ohren schütteln. Das käme auf dasselbe hinaus.“

Belle-Plante ging auf der Stelle und ich hoffte, ihn los zu sein; aber am nächsten Tage kam er wieder.
 (Ich werde dich von ihm befreien, Louise, sei ruhig, bemerkte Cornelius.)

Ein ernsterer Grund als die anderen — denn du, mein Gelehrter, hast mich geliebt, meine besten Gründe für zuecht Aufzupapieren — ist der, daß Belle-Plante mit mir einen Taupfing über das Taufbeden halten wollte. Kamst du herbeifahren, daß Belle-Plante ohne ernsten Grund kein Geld in den Weihwasserkegel einer Kirche werfen sollte? Ich brauche dir nicht zu sagen, daß ich diesen lächerlichen Vorschlag ablehnte. Aber mein Vater war zugegen.

„Warum,“ sagte er, „wirst du nicht Patin mit Monsieur Belle-Plante stehen?“

Seit einiger Zeit tutkelt er Belle-Plante Monsieur. Ich war an diesem Tage nicht in der Laune, zu verstehen; ich antwortete, daß ich kein passendes Kleid für die Feier hätte.

„Gut,“ sagte mein Vater, „suche dir eins bei Bontemps aus, so schön wie du willst, ich werde es bezahlen.“

„Aber,“ antwortete ich, „ich weiß, wie Herr Belle-Plante am Gelde hängt und möchte ihn nicht in Ausgaben stürzen.“

„Wie, Fräulein, ich hänge am Gelde, Wer hat Ihnen das gesagt? Ich hänge nicht daran, wenn es nicht nötig ist, es festzuhalten. Ich gebe es nur an der richtigen Stelle aus. Sie sollen leben, wie die Gloden für uns kauen werden. Und wenn es zwölf Frank kosten sollte, so wird man sie ausgeben.“

„Zwölf Frank, Herr Belle-Plante? Man sieht wohl, daß Sie niemals Bate gewesen sind, oder wenigstens kein sehr splendoröser Bate. Fürs erste muß ich zwölf Paar Handschuhe haben, das Paar zu dreißig Sou; das macht achtzehn Frank.“

„Schön,“ sagte Belle-Plante mit ziemlich vertrocknetem Gesicht, „man wird achtzehn Frank ausgeben, man hat es ja dazu.“

„Ferner ist es üblich, daß Sie mir einen seidenen Gürtel für sechs Frank schenken, das macht schon vierundzwanzig. Sie können sich auch nicht davon drücken, mit einer Strauß weiße Kojen zu schenken; aber das kostet fast gar nichts; wenn Sie sich an Fräulein Stanz wenden, bekommen Sie einen für fünfzehn Frank. Weiter, ein Leinwand für die Arme zwölf Frank.“

„Drei Frank,“ sagte mein Vater, „du bist auch zu anspruchsvoll. Zu meiner Zeit war man Bate für sechs Frank.“

„Man ist heute nobler, Papa. Du begreiffst, daß ich nicht dulden kann, daß Herr Belle-Plante knidert, denn Bate und Patin sind moralisch solidarisches und stehen eines für den anderen.“

„Nun,“ sagte mein Vater, „Herr Belle-Plante wird alles ausgeben, was notwendig ist, wie er dir gesagt hat, er hat es ja dazu, aber ich will, daß du Patin mit ihm siehst.“

„Mein werter Herr Desallemanques,“ sagte Belle-Plante, „ich sehe, daß es Ihrer Tochter nicht paßt und bestehe nicht weiter darauf.“

„Aber ich bestehe darauf,“ sagte mein Vater, „ich habe mir in den Kopf gesetzt, daß sie Patin mit Euch sein wird und sie wird es sein.“

„Dann siehe ich mich zurück. Ich würde in Verzweiflung sein, Fräulein Louise den geringsten Verrger zu bereiten.“

„Ihre Einladung,“ sagte ich, als ich bemerkte, daß Belle-Plante zurückwich, „fränkt mich durchaus nicht, sondern ehrt mich. Ich fürchte nur, daß es ihnen widerstreben würde, viel Geld auszugeben; aber da Sie sich nun entschlossen haben, die Sache in der schicklichen Weise...“

„Nein, mein Fräulein, ich sehe, daß es ein Opfer wäre, das Sie mir bringen würden, und ich bin nicht selbstständig genug, es anzunehmen. Ich gehe sofort zu Bouchard, um ihm zu sagen, daß ich bei keinem Kinde nicht Bate stehen kann.“

„Dann werden Sie ihm aber ehrlich sagen, daß ich mich nicht geweigert habe, Ihre Gevatterin zu sein.“

Am nächsten Tage kam mein Vater während des Frühstücks auf die Angelegenheit der Taufe zurück: ich hätte unrecht getan, Belle-Plantes Einladung nicht anzunehmen; alle anderen Mädchen im Dorfe wären stolz auf die Ehre gewesen, die er mir antwortete; er wäre die beste Partie im Lande. Ich war hochzufrieden, keinen Laut von mir zu geben. Mein Vater ärgerte sich über mein Stillschweigen.

„Se,“ fing er an, „wie lange braucht man denn, um ein großer Mann zu werden?“

Ich antwortete nichts.

„Mit Schein,“ fuhr er fort, „daß dein Cornelius sich nicht jetzt beeilt, sich bemerkbar zu machen. Da hast du den Unterschied zwischen einem Gelehrten und einem guten Landwirt: Cornelius verkauft sein Land und Belle-Plante kauft es.“

Mein Schweigen erstickte mich fast.

„Der Unterschied zwischen Belle-Plante und Cornelius,“ erwiderte ich, „ist der, daß Belle-Plante erntet und Cornelius noch laßt. Ein anderer Unterschied ist der, daß wenn Cornelius arm ist, er es ist, weil er einen großen Geist und ein edles Herz hat, weil seine Hand für alle Unglücklichen offen ist; wenn Belle-Plante reich ist, so ist er es, weil er keinen Bruder beschlohen hat, weil er alle Armen bestiehlt, die genötigt sind, sich wecken Hilfe an ihn zu wenden. We ist der Mann, der auf diesem Wege ganz reich wird? Wo die Frau, die diesen schändlichen Reichtum mit

ihm teilen und ihn als Erbe auf ihre Kinder übertragen möchte? Aber Gott hat sich der Habgucht des Belle-Plante selber bedient, um ihn für seine Erpressungen zu züchtigen. Belle-Plante wird immer der gemeinste und elendeste Bauer dieses Dorfes bleiben... Euer Belle-Plante ist ein Schwein mit goldenen Borsten.“

Mein Vater biß sich in die Lippen und entfernte sich. Also du siehst, Cornelius, das Wort, das mein Vater uns gegeben hat, hängt nur noch an einem Faden. Ich erwarte jeden Augenblick Belle-Plantes Antrag, aber ich weiß, was sich ihm arrordnen werde. Ich bin die Tochter meines Vaters, aber nicht seine Sklavin. Er hat mich nicht auf dem Markte gekauft, wie einen seiner Ochsen; ich bin nicht in seiner Messergrube gemachsen wie eine seiner Lehren. Mag er das Vermögen nehmen, das mir von meiner Mutter her zukommt, mag er es ganz nehmen, wenn er will! Aber mich zwingen, auf dich zu verzichten, Cornelius... o, mein Herr Desallemanques, das wird nicht sein. Wenn Sie auch kirchliche werflicher sind, das wird nicht sein! Wenn du reich wirst, Cornelius, wenn dein noch unbekannter Name von Ruhm umstrahlt ist, hole mich! Wenn du arm und unberühmt bleibst, erwarte mich! Ich bin dein, denn, hörst du, ich kann nicht ohne dich leben, wie das Blatt nicht ohne den Zweig, wie die Rose nicht fern von ihrem Strauche leben kann. Das Leben ist eine Bahre, wir müssen sie zu zweien tragen.

(Bravo, Louise, bravo! schrie Cornelius. Der Kellner klopfte leicht an die Tür und fragte: Mein Herr, Sie haben gerufen? Was befehlen Sie? — Daß du dich fortsetzt und zwar gleich, antwortete Cornelius.)

Trotzdem heile dich, ein großer Mann zu werden. Du müßtest schon trotz deiner Faulheit um dein Haupt eine Ruhmeslaurie, groß wie einen Regenbogen, haben. Traue nicht allzu sehr dem, was ich dir gesagt habe. Fürchte, daß das Leben voller Unannehmlichkeiten, das Belle-Plante mit veriprißt, mich in Verzweiflung führen könnte. Jeanne, die bei ihm als Maad gewesen ist und die er entlassen hat, weil sie zu guten Appetit hatte, erzählt mir davon Wunderdinge. Erstens: sein Gefinde ipreit an seinem Tisch, oder besser gesagt: er ipreit am Tisch seines Gefindes. Nur die Gemüse der Armen werden auf seiner Tafel zugelassen: er ischt vor allem die Bohnen, weil dieses nährtere und frugale Gemüse keine Würze gleich in sich trägt. Fleisch gibt es nur am Namensfest des Schutzpatrons unserer Landidant. Auch gibt es bei ihm keine Magenentzündungen, keine Krämpfe, keine Verdauungsstörungen. Dann werden diese Schmäule, die an sich schon so annehmlich sind, durch die armutigste Unterhaltung gemürt; Belle-Plante spricht nur von den schlechtesten Zeiten, von der Schwierigkeit des Auskommens. Wenn es regnet, schreit er, daß die Ernte erüuft; wenn es heiß ist, klagt er, daß alles verbrennt. Einer seiner Lieblingsfische ist, daß Knoblauch und Zwiebel als Gemüse, die die Natur schon selbst gewürzt hat, ohne Salz, gegessen werden müssen, oder auch, daß der Salat um so besser ist, je weniger Öl man daran tut: er geht sogar so weit zu behaupten, daß Öl ein schlechendes Gift ist.

Fortsetzung folgt.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 31. Januar.

Arbeitsvolf!

Tausende müde, abgehärmte, verdorrte, sorgendurchdrungene Gesichter schau ich jeden Tag, sehe sie in breitem Strahl des Morgens schweigend und frierend zu ihren Arbeitstätten mollen und ebenso wortlos am Spätnachmittag zum Bahnhof pilgern. Heißer Regen, der Fabrik auf ihren Gemütern, jeder Tag grauer, trostloser Dede frißt an ihren Nervenzellen. In unheimlichen Augen vorbirt sich die hangende Frage: Was bringt der morgige Tag?

Schon kündigt sich's fort, hier und da sind Arbeitsstörungen, Betriebsstilllegungen, Entlassungen. Rechnungen schwirren durch die Hände, die immer, wie man es auch bequ岸t, mit einem Minus enden. Draußen, frecher nur grüßt Wind und Sonne.

Und doch... sie schaffen tagaus, tagein, zumpfen sich aus, ihr ganzes Leben nichts weiter, denn ein großes, einziges, ununterbrochenes Schaffen. Wer kennt nicht die entwürdigten, höfswanigen, blauen Gestalten?

Im der Zeitungsstille kauen sich für einen Augenblick die Menschen, aufsuchend für einen Moment. Der Dollar ist wieder gestiegen! Im Ruhrgebiet greift der französische Militarismus zu neuen Rekrutierungen! Es ist, als verdüstere sich immer mehr der Horizont. Schon drängen neue Gruppen heran; man hört Klischee, steht in kalte Augen, in deren Grundtiefer Haß aufquillt mit qualenden Sorgen vermergt.

O, sie haben in launen Jahren es genauam erfahren: Gewalt hilft immer zerschlagend! Sie spüren Grimm, wenn sie des gestrigen Molochs Militarismus denken, der instinktiv über sich hinauszureißt — an sich selbst zerstoßend muß! Aber in unsere keimenden Hoffnungen fallen bittere Tropfen Vermut. Was wird er zuerst an Werten vernichten, wieviel Willen zu durchdringender, wertvoller Arbeit zum Erlösen bringen! Die Gedanken wachsen mit jedem neuen Tag und kirmen sich zu gigantischer Pein.

Ich höre öfters ein Wort: „Das ist der Geist vom 1914, der da im deutschen Volke umschwebt“ und weiß, daß es Menschen gibt, die solches glauben. Schaut nur näher hin und ihr werdet gewahren, daß es anders heute ist. Damals glaubten nur gar zu viele dem Wopanz Gemalt und überließen ihm zu. Die Jahre haben es anders gemittelt; heute wissen wir, es schreißt nur neue Wege von Schutt und Gerümpel. Wir leben Millionen, die ins Graue zerstoßen!

Ja — wir haben noch den Glauben, daß rohe Gewalt an dem Willenstehen der hohen Vermut über kurzem zerstoßen wird. Arbeitsdrüber diesseits und jenseits der Grenzen geben uns ermunternde Zeichen: Geld fehlt! Wir haben mehrfach in all den Jahren die Zähne zusammengebissen; wir wissen sie jetzt noch! Kein Knack des Halses unteren Rinsen entließe! Nur Zuversicht, fester Willen — und wir erleben die Wiedergeburt ebenen Menschenrechts: Ein freies Volk unter Menschenbrüdern zu sein!

Willi Bruckeum.

Weitere Erhöhung des Schulgeldes.

Nach Rat und Bürgerbeschluß wird für das letzte Viertel des Schuljahres ein Zuschlag von 20 Prozent erhoben. Demnach beträgt das jährliche Schulgeld für das 4. Vierteljahr: für die höheren Schulen 3000 Mk., für die Mittelschulen 1500 Mk., für das Lehrerseminar 1200 Mk., für die Saugewerkschule 800 Mk. In Bahren und Neuenhagen wird bereits ein Zuschlag von 4000 Mark für höhere Schulen und ein solches von 2400 Mk. für Mittelschulen erhoben. Die Oberschulbehörde hat daher beantragt, auch hier eine entsprechende Schulgelderhöhung für das 4. Vierteljahr vorzunehmen. Sie hat ferner beantragt, sie angesichts der schnell fortschreitenden Geldentwertung zu ermächtigen, künftig das Schulgeld im Einzelnen mit der Finanzbehörde selbständig festzusetzen. Es soll also bei jeder erforderlichen wachsenden Erhöhung des Schulgeldes ebenso verfahren werden, wie bei der Festlegung der Gebühren und Abgaben durch die Behörden. Der Senat hält den Antrag der Oberschulbehörde für gerechtfertigt und stellt daher die Genehmigung der Bürgerschaft, im 4. Vierteljahr des Schuljahres 1922/23 einen Zuschlag von 300 v. H. zu erheben und daß die Oberschulbehörde bis zum 31. Dezember 1924 ermächtigt werde, das Schulgeld im Einzelnen mit der Finanzbehörde selbständig festzusetzen und daß der Senat bei Meinungsverschiedenheiten entscheide.

Bavieren und Zeitungspreise.

Aus Berlin wird berichtet: Nach erregten Verhandlungen hat das Reichswirtschaftsministerium den Februarpreis für Zeitungsdraupapier auf 170 Mk. je Kilo festgelegt. (Friedenspreis 20 Pfennig!) Dieser Preis soll durch die übliche Rückrechnung auf

die Vorprodukte nachträglich um etwa 90 Mk. je Kilo herabgesetzt werden. Die Vertreter der Zeitungsverleger haben gegen diesen ungeheuerlichen Preis den schärfsten Einspruch erhoben. Sie haben unter Vorlage unbestreitbarer Preisfeststellungen nachgewiesen, daß die früheren Holzeinkäufe nicht in der den Tatsachen gerecht werdenden Weise in Rechnung gestellt werden. Die unentrichtliche Preissteigerung ist vor allem auf die höchst eigenartigen Preisbildungsmethoden und die diktatorische Rücksichtslosigkeit der Zellstoffindustrie zurückzuführen.

Die Folge dieses Mordes mit den notwendigen Rohprodukten ist eine gewaltige Abnommentserhöhung der Zeitungen. Berliner Blätter sollen im Februar 4000 Mk., die Hamburger Zeitungen 4300 und 4000 Mk. Dabei handelt es sich um Blätter, die durch niedrige Inzeratenaufträge ihr Vorkontokonto ausgleichen können. Die sozialdemokratische Presse aber ist in der Hauptsache auf das Pflichtgefühl der Arbeiterkraft und die Treue ihrer Leser angewiesen. Wer seine Mitkämpferin in der Not im Stich läßt, schädigt sich selbst und seine ganze Klasse.

Schließt die Reihen.

Der Militarismus der Franzosen und Belgier laßt auf der Bevölkerung des besetzten Gebiets. Die gesamte Bevölkerung lehnt sich gegen die Gewaltmaßnahmen mit Recht auf. Es geht um unser aller Lebensinteressen! Die Sozialdemokratie hat von jeher der Militarismus und damit jede Gewaltanwendung gegen ein Volk bekämpft. Die Sozialdemokratie weiß, daß nur der Kapitalismus die Triebfeder aller Gewalt ist. Der Kampf gilt auch in dieser Stunde dem internationalen Kapitalismus, der den Imperialismus hervorruft.

Der Kapitalismus mit seiner Schutzmaße Militarismus hat uns den Weltkrieg von 1914 gebracht. Die Not und das Elend, das wir jetzt ertragen haben, ist die Folge des Krieges. Die Lebensmittelpreise steigen ins Unermessliche. Arbeiter, Angestellte und Beamte sind kaum noch in der Lage, etwas Fleisch oder Wurst kaufen zu können. Wir verlangen, daß endlich dem Wucher Kampf zu Leibe gegangen wird. Auf der anderen Seite muß dafür gesorgt werden, daß die Höhe und Gestalt in der Höhe gehalten werden, wie die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel gestiegen sind. Sonst wird alle Ruhestille keinen Zweck haben.

Für uns als Sozialdemokraten erwacht aus dieser Situation eine besondere Pflicht. Wir stellen uns gegen den Rechtsbruch und die Gewalttät der Franzosen. Wir müssen aber unser Augenmerk auf die breite Front, die da stehen, die Not des Volkes besonders für ihre Interessen ausmachen zu können. Wir müssen uns weiter gegen die Feinde wenden, die den Rechtsbruch der Franzosen dazu benutzen wollen, eine neue nationalistische Hecke zu entfachen, für einen neuen Krieg Stimmung zu machen.

Genossen und Genossinnen, Augen auf! Uns erwachen in der nächsten Zeit große Aufgaben, deshalb ist es Pflicht, besonders zu wirken. Die ganze Welt schaut heute auf die deutsche Arbeiterkraft, besonders auf die Sozialdemokratie, ob sie auf dem Boden ist, die Republik zu erhalten. Die Aufgaben der Sozialdemokratie werden immer gewaltiger. Dazu gehört eine feste Organisation, geschlossene, feste Reihen. Tausende und aber Tausende Arbeiter, Angestellte und Beamte stehen noch außerhalb der Organisation. Sie überlassen die Arbeit, das Regieren und den Kampf zur Erhaltung der Republik noch immer verwaist. Dabei wird es immer dringender, eine starke Front zu bilden zum Schutze der Republik.

Deswegen rufen wir allen denjenigen, die bis heute noch nicht in Reich und Glied stehen, zu: Organisiert euch, werdet Mitglieder der Vereinigten sozialdemokratischen Partei, werdet Leser des Lübecker Volksboten. Jetzt wird es dringende Pflicht. Wer diese Pflicht nicht erfüllt, verkündigt sich gegen seine Mitmenschen, gegen die Zukunft.

Eine Waffe gegen die Milchpantöser.

Die Milchpantöser bedroht die deutsche Volksgesundheit und besonders das Leben des Nachwuchses heftiger als alles andere in unserer arg gefährdeten Ernährung. Nicht nur die bedauerlich wachsende Fäulnis der Milch spielt dabei eine Hauptrolle, sondern auch die Verschlechterung ihres Gehaltes, die Verwässerung und Veräufung, die auf das Wohlstand der Milchfälscher und Milchpantöser fällt. In das Treiben dieser Gesellschaft leuchtet ein Artikel „Zur Frage der Milchhygiene, insbesondere über die Verbilligung der Milchfälschung durch zweifelhafte Berechnung des Milchpreises“ von dem Greifswalder Hygieniker Prof. E. Friedberger in der „Allgemeinen Wochenzeitung“ hinein. Er betont, daß die behördlichen Bestimmungen über Milchkontrolle nicht im entferntesten mit den strengen und wirksamen Maßnahmen verglichen werden können, durch die die Bevölkerung vor dem Genuß gesundheitsschädlichen Fleisches geschützt wird. Die Schwierigkeit,

für die Milch ähnliche straffe Gleichbestimmungen durchzuführen, liegt in der Dezentralisierung der Milchherzeugung und des Milchhandels. Die Gemeinden sind deshalb vielfach dazu übergegangen, städtische Milchhöfe meist in Verbindung mit den Schlachthöfen einzuführen. Aber die zweifelhafte Behandlung der Milch an diesen Zentralen kann doch nur zu guten Ergebnissen führen, wenn schon eine sachgemäße Gewinnung und Behandlung der Milch beim Erzeuger erfolgt. Ein großer Milchverbrauch wird mit der Bezeichnung „Vollmilch“ getrieben. Diese soll mindestens 2,7 Proz. Fett enthalten. Der Fettgehalt der Kuhmilch schwankt aber in dem unvollkommensten Zustand zwischen 2,2 Proz. und 5,5 Proz. Es erscheint aber geradezu absurd, für Milch ohne Fettgehalt, die sog. Magermilch, kaum die Hälfte des Preises zu zahlen wie für Milch mit 2,5 Prozent Fettgehalt, und andererseits für Milch mit solchem Fettgehalt den gleichen Preis zu entrichten wie für Milch mit etwa doppeltem Fettgehalt, die auch als „Vollmilch“ bezeichnet wird. Da die Mindestfettgrenze für die Vollmilch auf 2,7 Proz. festgesetzt ist, so hat sich die Mindestzahl ganz unberechtigtweise rasch zur Normalzahl herausgebildet. Die Milchfälscher erhalten dadurch geradezu einen Anreiz zu teilweiser Entziehung und Verwässerung der „Vollmilch“. Der kleine Milchproduzent und der Händler vermischt fettere Milch und machen sie auf diese Weise zu der üblichen „Vollmilch“. Die großen Molkereien verwenden von vornherein die fettreicheren Milchquoten mit 3 bis 5 Proz. zur Sahne- und Butterbereitung. „Gegen die Verschönerung der Milch durch Verwässerung und Entziehung und gegen die systematische Fäulnis der Milchquoten mit hohem Fettgehalt vom Konsumenten“, sagt Friedberger, „gibt es nur ein besseres Mittel: das ist die Preisfestlegung der Milch nicht nach dem Volumen, sondern lediglich nach dem Fettgehalt.“ Wenn heute ein Liter Vollmilch mit 5 Proz. 5 Mk. (natürlich mit der jeweiligen Teuerungsziffer multipliziert) kosten würde, mit 2,5 Proz. Fett 2,5 Mk. usw., Milch mit weniger als 0,5 Proz. Fett als Magermilch 50 Pf., so würde sich kein Milchpantöser mehr die Mühe machen, seine Milch zu verwässern.

Achtung, Sperre! Vom Verband der Schiffszimmerer und Hauszimmerer Lübeds ist über die Flenderwerft sowie über die R. M. G. wegen Mafregelung eines Kollegen die Sperre verhängt. Zuzug von Zimmerleuten ist fernzuhalten. Zentralverband der Zimmerer. Verband der Schiffszimmerer.

Lohnnachweisung bis zum 11. Februar einreichen. Nach § 909 der Reichsversicherungsordnung werden Inhaber versicherungspflichtiger Betriebe mit einer Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft, wenn sie ihrer Berufsgenossenschaft nicht spätestens bis 11. Februar eines jeden Jahres eine Arbeiter- und Lohnnachweisung, oder falls Personen nicht beschäftigt wurden, eine Leeranzeige für das abgelaufene Jahr einreichen. Geht eine Nachweisung nicht ein, so wird außerdem die Lohnsumme durch den Genossenschaftsvorstand festgelegt, wogegen eine Beschwerde nach § 758 a. a. D. unzulässig ist.

Ueber die Einschränkung von Zügen wegen Kohlenmangels haben wir wiederholt berichtet. Um unsere Leser vor Nachtteilen zu bewahren, führen wir die vom 31. Januar an ausfallenden Züge nochmals an: Lübeck-Hamburger Straße. Schnellzug Hamburg 8.20, Lübeck 9.26 vorm., Steint 2.30 nachm. Schnellzug Steint 2.03 nachm., Lübeck 7.16, Hamburg 8.20 abends. Schnellzug Hamburg 6.35, Lübeck 7.38, Warnemünde 10.03 abends. Schnellzug Warnemünde 6.48, Lübeck 9.28, Hamburg 10.26 vorm. Während des Ausfalls des letzteren Zuges wird von Lübeck nach Hamburg im Fahrplan ein zusätzlicher S-Bahn befördert. Ab Lübeck 9.28 an Hamburg 10.26 vorm. zum Anschlag in Hamburg an den Schnellzug nach Köln, ab Hamburg 10.53 vorm. S-Bahn 23 ab Lübeck 7.40, Hamburg 8.50. Personenzug Steint 6.25 vorm. Lübeck 3.41, Hamburg 5.02 nachm. Personenzug Hamburg 10.17 vorm., Lübeck 12.02, Steint 5.49 abends. Lübeck-Travemünde-Niendorfer Straße. Personenzug Lübeck 8.42, Travemünde 10.21, Niendorf 10.34 vorm., Personenzug Niendorf 11.04 vorm., Travemünde 11.39, Lübeck 12.19 nachm. Lübeck-Lübener Straße. Schnellzug Kiel 2.17 Lübeck 4.18, Kiel 9.04 abends. Schnellzug Berlin 8.45 vorm., Lübeck 1.42, Kiel 3.44 nachm. Personenzug Lübeck 8.27, Lübeck 4.42 nachm. Personenzug Lübeck 9.25, Lübeck 10.38 abends. Lübeck-Segeberger Straße. Personenzug Lübeck 7.50, Segeberg 9.47 vorm., Sonntags Lübeck 9.09, Segeberg 10.20 vormittags. Personenzug Segeberg 10.32, Lübeck 11.55 vorm., Sonntags Segeberg 10.37, Lübeck 11.55 vormittags. Während des Ausfalls von Zug 7.50 wird ein Personenzug ab Lübeck 2.10 nachm. werktags im früher gelegten Fahrplan ab Lübeck 1.30 nachmittags befördert, Sonntags ab Lübeck 2.10 nachmittags.

Im Verein für Lübedische Geschichte und Altertumskunde berichtet am 24. ds. Mts. Herr Prof. Dr. Barchsch über den neuesten Abdruck der Lübecker Totentanzverse, deren bedeutendsten Teil er einer Durchsicht unterzogen hat. Die Ergänzung der fehlenden ersten Hälfte ist zum Teil durch die noch erhaltenen Verse des Renaler Totentanzes im wesentlichen nach dem Abdruck bei Seelmann erfolgt. Beide Texte beruhen, wie namentlich die Reime beweisen, auf einer mittel-niederländischen Vorlage. Der Renaler weicht in der Schreibung mehrfach von dem

Der Löwe.

Von Theodor Egel.

In grauen Zeiten galt im Reich der Tiere das Recht der Freiheit und Gleichheit: jede Kreatur war frei, und keine war einer andern untertan.

Über schon damals trafen die Tiere, und der Löwe war härter und gefährlicher als alle und verschlang jegliche Kreatur, die er erlegen konnte; da war keine Sippe, die er nicht in Trauer brachte.

Endlich traten die Verfolgten zusammen und berieten über Mittel und Wege, wie man diesem trostlosen Zustand ein Ende machen könne.

„Der Löwe ist ein Freveler und Verbrecher“, sagte der Büffel.

„Der Löwe ist ein Räuber und Mörder“, sagte die Gitzaffe.

„Der Löwe ist ein Verächter unseres heiligsten Rechtes“, sagte der Fuchs, „und darum verdient er den Tod.“

„Ja“, riefen alle Tiere, „hundertfach hat er den Tod verdient, und sie verurteilten ihn zum Tode.“

Aber wer wagte es, das Urteil an dem Schrecklichen zu vollziehen?

Und wiederum berieten die Tiere.

Und das Kamel ergriff das Wort und sprach: „Genossen! Wir wollen großmütig sein. Wir wollen Gnade üben. Wir wollen dem Schwächling sein durrücktes Leben schenken, aber wir müssen ihn ungeschädlich machen, und darum laßt uns ihn verkommen.“

„Ja“, riefen alle Tiere, und sie verbannten ihn.

Aber wer vermochte es, den Fürchterlichen zu vertreiben?

Und zum drittenmal berieten die Tiere. Sie mußten keine Rettung.

Da sprach zuletzt das Pferd: „Genossen! Es ist gewiß, daß der Löwe ein Schandfleck in unserer Gesellschaft ist, den wir ausrotten müssen. Da wir den Freveler aber weder umbringen noch verbannen können, so rate ich, ihn über das Geseß zu stellen, indem wir ihn zu unserem König machen.“

Das Pferd überzeugte die Tiere und sie verliehen dem Löwen die erbliche Königswürde.

Und sie waren wieder zufrieden und glücklich, denn wer fürderhin dem Löwen unter die Klauen kam, der hatte das zehrende Bewußtsein, nicht einem sträflichen Verbrecher zum Opfer zu fallen, sondern für eine große Idee verbluten zu dürfen.

(Aus der zum 50. Geburtstag von Theodor Egel im Verlag von Walter Seiffert in Heilbronn soeben erscheinenden Gesamtausgabe seiner „Fabeln“.)

Vom Werdegang der Ruhrkohle.

Viele Jahrmillionen liegen zurück seit der Zeit, da die Kohle wuchs. Damals hatte sich im Herzen Mitteleuropas ein gewaltiges Gebirge aufgetürmt, das sich von Böhmen quer durch Deutschland nach Frankreich und England zog und in der Gegend des Rheinisch-Westfälischen Schiefergebirges in ein weites Becken überging, die sogen. Karthuse, die in ihrem Sinnen begriffen und meist von einem nicht sehr tiefen Meer bedeckt war. Aus den Bergen im Süden brachten nun die Flüsse Geröll und Sand nach diesem Meer, an dessen Boden sich die Stoffe ablagerten. Ging das Sinken langsamer vor sich als die Auffüllung oder fand ein zeitweilige Hebung statt, dann wurden weite Gebiete zu Land, während durch härteres Absinken das Meer weiter nach Süden vordrang. Mit dieser Strandverchiebung, die sich über das jetzige Ruhrgebiet ausbreitete, ging eine Veränderung in der Zusammenlegung der abgelagerten Schichten Hand in Hand, und so erklärt sich der feste Wechsel zwischen Sandstein, Sandstiefen und Tonstiefen sowie die große Mächtigkeit der Schichten, die eine etwa 3000 Meter starke Schichtenfolge umfassen.

In den Meeresstrand und in den großen Seen, die sich beim Verlanden bildeten, fand die Pflanzenwelt sehr günstige Lebensbedingungen, und so entstanden die Steinkohlenwälder, die sich aus merkwürdigen Bäumen mit schuppen- und flegelartigen Narben, aus riesigen Farne und hohen Cordabäumen zusammensetzten. Diese Moorpflanzen sind in der heutigen Fauna den moosartigen Kriechgewächsen verwandt, die man Schlangemoos nennt, waren aber natürlich viel gewaltiger. Tierisches Leben scheint in diesen Steinkohlenwäldern sehr selten gemeldet zu sein. Kein Vogel, kein Vierfüßler belebte das düstere Bild; nur ab und zu schwirrten große Insekten über die braune Moorflut. Viele Jahrmillionen hindurch ragte der Steinkohlenwald gen Himmel, bis Baum auf Baum absterbend in die Fluten sank, auf deren Grunde sich eine immer mächtiger werdende Torfschicht, das heutige Holz, bildete.

Ein härteres Absinken führte dann zur Verfüllung des Moores durch Sand und Tonstiefen, und dieser Vorgang muß teilweise sehr schnell erfolgt sein, da man oft über den Flözen im Sandstein noch Baumstämme an ihrem alten Standort versteinert vorfindet. Ueber den Resten des alten Bildes bildete sich dann ein neues Waldmoor, um wieder vom Meer begraben zu werden, und so fand im Ruhrgebiet gegen 100 abbaubare Kohlenflöze übereinander zur Ablagerung gekommen. Dann aber änderte sich das Bild mit einem Schläge. Die Gebirge drangen von Süden her über das Vorland und verfielen im ewigen Kampfe mit dem Meer der Verwitterung und Zerflüftung. Die verflühten Torfmoore zerlegten sich, wurden in immer größere Erdtiefen mit höherer Temperatur und härterem Druck gedrückt und wurden so immer gasärmer und kohlenstoffreicher, bildeten sich so zu Steinkohlen, deren reinste Form, das Anthrazit, in den tiefsten Schichten angetroffen wird. Die Kohle, die als grüne Pflanze aus der Kohlenjäure der Luft unter Bindung von Sonnenenergie entstand, hat die Sonnenwärme treulich bewahrt und konzentriert und liefert sie nun als Licht, Kraft und Wärme wieder aus, während sie selbst als Kohlenjäure in das Luftmeer entweicht, aus dem sie kam.

(Aus: Seimathblätter der Roten Erde.)

